

## **Was hält die Einwanderungsgesellschaft zusammen?**

Beitrag von Winfried Kretschmann, MdL,  
Fraktionsvorsitzender Grüne Baden-Württemberg

Zur Jahrestagung der Heinrich-Böll-Stiftung am 18.11.06:

Moderne Integrationspolitik ist eine Aufgabe, die alle angeht und die Rahmenbedingungen für eine Chancen- und Teilhabegerechtigkeit aller Einwohner schafft. Sie betrifft alle Lebensbereiche und übernimmt hiermit eine Leitfunktion für die ganze Gesellschaft.

Der Integrationsprozess ist dann gelungen, wenn jedes Mitglied einer Gemeinschaft das Zusammenleben gleichberechtigt mitgestalten kann und wenn niemand aus sozialen, religiösen oder kulturellen Gründen benachteiligt oder ausgeschlossen ist.

Dieses Recht auf kulturelle Differenz kann jedoch nur unter Wahrung und Beachtung republikanischer Pflichten, der Verfassung und der darauf beruhenden Rechtsordnung gelingen. Die Pflicht die deutsche Sprache zu erlernen und die Schulpflicht gehören als Grundpfeiler dazu.

Sprachkenntnisse und Bildung sind das Fundament für eine gleichberechtigte Teilhabe. Aus diesem Grund steht es nicht im freien Belieben der Eltern, ihre Kinder in die Schule zu schicken. Eine teilweise zulässige Unterrichtsbefreiung vom Schwimm- oder Sexualkundeunterricht aus religiös motivierten Gründen wirft den Integrationsprozess um Jahre zurück und ist nicht hinnehmbar. In Baden-Württemberg ist die Schulpflicht als eine der wenigen Pflichten gesetzlich verankert. Der Staat hat einen Aufklärungs- und Bildungsauftrag, der gegenüber der Religiosität der Eltern im Vordergrund steht.

Die Formulierung von Pflichten ist notwendig, jedoch muss der Staat andererseits auch die Voraussetzungen schaffen, dass diese Pflichten erfüllt werden können. Ein gesellschaftlicher Paradigmenwechsel ist daher in zweierlei Hinsicht nötig:

Einerseits müssen individuelle Möglichkeiten und das kulturelle Kapital von MigrantInnen besser erkannt und gefördert werden. Viel zu wenig Erwähnung finden in der aktuellen Debatte die enormen Integrationsleistungen unserer Gesellschaft und der seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten, hier lebenden Migrantinnen und Migranten. Andererseits müssen Missstände und Fehlentwicklungen offen benannt werden. Es ist Realität, dass es bei bestimmten Migrantengruppen Rückzugstendenzen und Integrationsunwilligkeit gibt, bis hin zu Menschenrechtsverletzungen wie Zwangsehen oder Genitalverstümmelung. Andererseits dürfen wir die Bildung von Parallelgesellschaften nicht mit der Selbstorganisation von MigrantInnen innerhalb der Zivilgesellschaft in einen Topf werfen. Das eine müssen wir bekämpfen, das andere fördern.

Ein offener Dialog auf gleicher Augenhöhe ist der Grundpfeiler der Demokratie und für eine aktive Integrationspolitik unerlässlich. Die Meinungsfreiheit ist unteilbar. Zur Religionsfreiheit gehört die ungestörte Religionsausübung, ebenso wie das Recht jede Religion zu kritisieren.